



Nr. 404. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

3 e i t u n g.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
verwaltungen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonnabend, den 29. August 1868.

Deutschland:

Berlin, 28. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Post-Rath Attendorf zu Trier den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Gymnasial-Director Dr. Stelzer und dem Gymnasial-Lehrer Professor Diez zu Haddingen bei Sigmaringen, den Roten Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem früheren Schulzen Michael Babel zu Brondy-Kolonie im Kreise Bromberg das Allgemeine Ehrenzeichen; und dem Kammergerichts-Rath Bing hierzulich bei seiner Verzeichnung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justizrat verliehen; den Director des Waisenhauses zu Büßlichau Professor Dr. Hanow zum Director der unter dem Namen „Königliches Pädagogium und Waisenhaus bei Büßlichau“ vereinigten Steinbart'schen Stiftungen bestellt; so wie dem hiesigen Maler und Photographe Johann Anselm Heinrich Schnabel das Präsidat eines königlichen Hof-Photographen verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar v. Trzaska in Egeln ist als Rechtsanwalt, unter Beilegung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, an das Kreisgericht zu Pleißen, mit Anweisung seines Wohnortes ebendaselbst, vereidigt worden. — Der Privat-Dozent Gerichts-Assessor Dr. Emanuel Wilhelm Bernhard Süßler hierzulich ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der hiesigen königlichen Universität ernannt worden. — Dem Oberlehrer Dr. Bander am Friedrich's-Collegium zu Königsberg i. Pr. ist der Titel „Professor“ verliehen worden. — Bei der Realsschule am Zwinger zu Breslau ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Peucker zum Oberlehrer genehmigt worden.

= Berlin, 28. August. [Herr von Savigny und Graf Bismarck. — Zwangsmittel gegen böswillige Schuldner.] In Ankündigung an die widerlegte Nachricht betreffend die Übernahme des Vorsitzes im Staatsministerium Seitens des Geh. Rathes v. Savigny wird in mehrorientierten Kreisen noch darauf hingewiesen, wie Graf Bismarck im Reichstage wiederholt betont habe, daß der Bundeskanzler stets der preußische Ministerpräsident sein müsse. Der Wiedereintritt des Herrn v. Savigny in den Staatsdienst, aus welchem er ja nur beurlaubt, nicht verabschiedet ist, wird als wahrscheinlich, da gegen die Übernahme eines Portefeuilles oder eines derartigen Präsidiums schon seinem Naturrecht nicht als zufrieden bezeichnet. Wenn im Weiteren von Arbeits-Erlichtungen für den allerdings durch viele hohe Staatsämter in hohem Grade in Anspruch genommenen Grafen Bismarck die Rede war, so wird dies in den gedachten Kreisen insoweit zugegeben, als man jene Erleichterungen durch Verhinderung der Arbeiten in Verwaltungs-Angelegenheiten herbeiführen dürfte, dagegen sei es nicht zu erwarten, daß Graf Bismarck einen seiner Posten aufgeben und auf einen Nachfolger übertragen werde. — Die Bemühungen, ein Aequivalent für die Aufhebung der Schulhaft als Zwangsmittel gegen böswillige Zahler zu schaffen, sind durch Gründung des Vereins, von welchem wir kürzlich berichtet haben, noch keineswegs abgeschlossen; es werden noch Anträge an die Kammer wie an das Ministerium vorbereitet, welche, wie man allgemein hofft, zu wertvollen Resultaten führen sollen.

[Persönliche Meldungen.] Der Generalmajor und Chef des Generalstabes 6. Armee-Corps v. Sperling und der Generalmajor und Comm. der 21. Inf.-Brig. v. Malachowski sind zur Abstättung persönlicher Meldungen von Breslau eingetroffen.

[Französische Generalstabs-Offiziere.] Die Nachrichten, daß französische Generalstabs-Offiziere mit dem Aufnehmen von Positionen sich in Süddeutschland beschäftigt haben, mehren sich. So wurde in Bettinghausen, Oberamt Hall, in Württemberg, ein Herr, welcher als Maler die Umgegend reconoscierte und besonders bei Mergentheim Aufsehen erregt hatte, zur Vernehmung geführt. Bei dieser Gelegenheit präsentierte er seinen Paß als französischer Stabs-Offizier mit dem Bemerkern, daß er das Incognito gewählt habe, um kein Aufsehen zu erregen. Der genannte Herr ist dann zur Weiterreise bestimmt worden. Er hatte übrigens Empfehlungsschreiben an württembergische Gutbesitzer bei sich. Ein anderer Fall fand in Unterwittinghausen, Amt Tauberbischofsheim, im Badischen statt. Der Aufnehmende war ein Hauptmann im Generalstabe und Attaché an dépôt de la guerre. Daß bei Hersfeld und Schlüchtern andere französische Generalstabs-Offiziere bemerkt wurden, ist bekannt. Man legt hier den Sache geringe Bedeutung bei.

[Die Telegraphen- und Postbeamten.] Vor einiger Zeit brachten mehrere hiesige Zeitungen die Nachricht, daß der Magistrat von Berlin die Telegraphen- und Postbeamten zu den städtischen Steuern voll heranziehe und ihnen die theilweise Steuerfreiheit, welche die preußischen Staatsbeamten nach dem Gesetz von 1822 besitzen, nicht zugestehe. Auf eine bei der königl. Regierung zu Potsdam eingegangene Beschwerde ist, wie hiesige Blätter melden, ein abhängiger Bescheid gegeben. Die Potsdamer Regierung hebt hervor, daß das Gesetz von 1822 eine theilweise Steuerexemption nur den preußischen Beamten zugestehet; die Post- und Telegraphenbeamten seien indeß jetzt nicht mehr preußische, sondern Bundesbeamte und deshalb zur Zahlung der ganzen Steuer gleichermaßen verpflichtet. Die Regierung bezieht sich dabei auf die Motive zu dem bekanntlich von dem Bundesrat in der durch den Reichstag amendirten Fassung abgelehnten Bundesbeamten-Gesetz, dessen Absicht es ja war, den Bundesbeamten dieselben Privilegien erst zu verschaffen, welche die Landesbeamten hinsichtlich der Steuern in den einzelnen Ländern bereits besitzen.

[Die deutschen Land- und Forstwirthe.] Der Geheime Ober-Regierungsrath Schumann vom landwirtschaftlichen Ministerium begiebt sich heute nach Wien zur Eröffnung der Wandergesellschaft Deutscher Land- und Forstwirthe. Von Seiten des Landes-Dekonomie-Collegiums ist der Geheime Regierungsrath v. Salviati bereits über Arnstadt, wo er dem Begräbniß seines Schwagers, des Herrn v. Bielfeldt, beigemessen hat, dahin abgereist. Noch sind drei Mitglieder des Landes-Dekonomie-Collegiums für den Besuch dieser Gesellschaft abgeordnet: der Landrat v. Rippau, der Geheime Regierungsrath Dr. Hartstein und der Landes-Dekonomie-Rath Settegast. Die gegenwärtige Gesellschaft in Wien war bereits für das Jahr 1866 zusammenberufen und wurde damals wegen des ausbrechenden Krieges bis auf den 31. August 1868 vertagt.

Babelsberg, 27. August. [Der König.] welcher von Weimar kommend, den Frankfurter Schnellzug nur bis zur Station Großbeeren benutzt hatte, ist von dort nach 10 Uhr per Wagen hier eingetroffen.

Insterburg, 28. August. [Feuer. — Zur Presse.] Seit zwei Tagen herrscht eine große Feuersbrunst in Mariampol (Gouvernement Augustowo), fünf Meilen jenseits der russischen Grenze. Zweihundert und fünfzig Häuser sind bereits zerstört. — Die confiszierten Nummern der „Insterburger Zeitung“ sind gerichtlich freigegeben. — Der „Bürger- und Bauernfreund“ ist mit Beschlag belegt worden.

Danzig, 27. August. [Herr v. Brauchitsch.] Die feudal-conservative Partei im diesseitigen Regierungsbezirk giebt sich gro-

Mühe, ihrem hervorragendsten Führer, dem Nittergutsbesitzer auf Klein-Katz, Geheimen Regierungsrath z. D. v. Brauchitsch, die durch den, im nächsten Monat erfolgenden, Rücktritt ihres gegenwärtigen Inhabers, des Herrn Freiherrn v. Prittwitz, erledigte Stelle des Chef-Präsidenten der hiesigen Regierung zu verschaffen. Nicht nur im diesseitigen Landkreise, dessen Landrat Dr. v. Brauchitsch anderthalb Decennien war, sondern auch in den beiden landräthlichen Kreisen Elbing und Marienburg, welche er seit mehreren Jahren im preußischen Abgeordnetenhaus, und zur Zeit auch im Reichstage des norddeutschen Bundes, vertritt, circuliert eine Petition an den König, worin Se. Majestät gebeten wird, die gedachte Präsidenten-Stelle dem Herrn Geheimrath, in Rücksicht seiner „treuen Hingabe für König und Vaterland“ und seiner administrativen Fähigkeit, zu verleihen. Die Petition soll ziemlich viel Unterschriften finden. (Post.)

Schwerin, 28. Aug. [Zur Nachsteuer.] Die hiesige Kaufmannschaft und Gewerbetreibende sollen am 24. d. in einer Versammlung beschlossen haben, eine Petition an das großherzogliche Finanzministerium zu richten, dahin gehend, den Theil der Nachsteuer, welcher auf Mecklenburg fällt, den betreffenden Steuerzahldern zurückzugeben. — Die Rostocker Krämer-Compagnie hat in Folge des abschlägigen Bescheides der Nachsteuer-Commission beschlossen, die Angelegenheit in einer Immediat-Eingabe bei dem Großherzog selbst vorstellig zu machen. Ein Gleches beabsichtigt die Kaufmanns-Compagnie.

Hamburg, 26. August. [Die General-Versammlung des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins] genehmigte gestern bei Anwesenheit von etwa 4—5000 Personen folgende Resolution:

„In Erwägung, daß der Druck des Capitals und der Reaction in allen Culturländern aus in wesentlichen gleichen Gründen auf der Arbeiterklasse lastet, und daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein können, wenn sie einheitlich zusammenhängend in allen Culturländern auftreten: — ist es die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei, mit den Arbeiterparteien anderer Culturländer, die von denselben Prinzipien geleitet werden, gemeinsam vorzugehen.“

In der gleichlängigen Versammlung von heute wurde Herrn von Schweizer ein Vertrauensvotum wegen seiner Thätigkeit im Reichstage ertheilt.

Hamburg, 28. August. [Juristentag.] Dem „Hamburger Correspondent“ zufolge sind für den Juristentag bereits gestern 518 Teilnehmer angemeldet und noch weitere Anmeldungen werden erwartet.

Dresden, 28. Aug. [Dementi.] Das „Dresdner Journal“ erklärt die Zeitungsnachricht, das Gesamtministerium habe vom Appellationsgerichte ein Gutachten darüber eingefordert, ob eine einseitige Übernahme der Albertsbahn zulässig sei, und dieses Gutachten sei verneinend aufgenommen, für durchaus unbegründet.

Weimar, 25. August. [Auf dem Gebiete der Pressegesetzgebung] ist, wenn wir uns nicht irren, Sachsen-Weimar der erste

Staat des Norddeutschen Bundes, welcher die hinfälligen Bestimmungen des ehemaligen Bundes über Bord wirft. Wir haben seiner Zeit aber die in dieser Beziehung im Landtag stattgehabten Verhandlungen berichtet. Das Resultat derselben liegt nunmehr in dem Pressegesetz vor, welches in der fünften Nummer des Regierungsblattes für das Großherzogthum veröffentlicht worden ist. Die große Bedeutung dieses Gesetzes ist darin zu suchen, daß es in entschiedener Weise die Presse dem Ermessen der Polizei- und Verwaltungsbeamten entzieht und ihr einen wirklich legalen Boden gibt. Abgesehen von der schon durch das sogenannte Noth-Gewerbegegesetz auch dem Pressegewerbe gesicherten Concessionsfreiheit bestätigt das neue Pressegesetz das Cautionsprinzip, die zwangsläufige Einlieferung von Mischdruckplatten und regelt die Bestimmungen über die Beschlagsnahme von Preschezugnissen, indem es von ganz dringenden Fällen abgesehen, die Beschlagsnahme nur in Folge von einem motivirten richterlichen Bescheide zuläßt und überhaupt jede Beschlagsnahme für aufgehoben erklärt, welche nicht innerhalb zweier Tage vom Richter mit Gründen belegt ist. Weiter regelt das Pressegesetz die Verantwortlichkeit der bei der Herausgabe einer Druckschrift beteiligten Personen, indem es durch die Feststellung der Reihenfolge (zunächst Verfasser, dann Herausgeber, Verleger, Druckereibesitzer, Verbreiter, soweit jedoch nur, als letzterer Kenntniß vom Inhalt hat) die früher gestattete Willkür eines oder mehrerer der Beteiligten zur Strafe heranzuziehen abschafft. Auch die Zeugnispflicht dieser Personen ist auf den ganz bestimmten Fall einer Verlezung des Amtsgeheimnisses beschränkt. Eine ganz besonders wertvolle Bestimmung des neuen Pressegesetzes endlich bestätigt alle jene Bestimmungen, welche der Presse eine Ausnahmestellung bereiteten, sei es hinsichtlich besonderer Vergehen, die nur durch die Presse solten begangen werden können, sei es hinsichtlich des Strafmordes, welches für einzelne Kategorien von Presvergehen ein höheres war, als für die nicht durch die Presse begangenen Vergehen gleicher Natur. Im Ganzen betrachtet, wird man nicht umhin können, dieses neue Pressegesetz als einen den Tendenzen des modernen Rechtsstaates durchaus conformen Ausbau der liberalen Verfassung des Großherzogthums zu bezeichnen. (R. 3.)

Biesbaden, 25. Aug. [Das israelitische Lehrerseminar.] Wie der „Rhein. K.“ mittheilt, wird das israelitische Lehrerseminar zu Eins demnächst aufgehoben und der seither hierfür verwendete Betrag an befähigte israelitische Schüler, welche sich zu Religionslehrern ausbilden wollen, in Form von Stipendien vertheilt werden. Dieselben erhalten dann ihre Ausbildung auf einem der höheren Seminare zu Kassel oder Hannover und erwerben damit das geschickliche Recht auf eine abgekürzte Militärdienstzeit. Auch bei der Vertretung der israelitischen Cultusgemeinden ist insofern eine Änderung eingetreten, als neue Vorsteher und Vorstehergehilfen nicht mehr wie früher auf Lebenszeit, sondern auf die Dauer von 6 Jahren ernannt werden.

Biesbaden, 25. August. [Concours.] Das Intelligenzblatt für Nassau meldet vom 9. Juli ab bis dato 52 Concuse im Bezirke des hiesigen Appellationsgerichts. Das stärkste Contingent dazu stellen kleine Bauern.

Darmstadt, 28. Aug. [Prinz Alfred von England] ist zum Besuch beim Prinzen Ludwig hier eingetroffen.

München, 28. Aug. [Der Graf und die Gräfin v. Giergenti] machten gestern dem am Starnbergersee weilenden Könige von Bayern einen Besuch. Heute erfolgt die Weiterreise nach Paris.

München, 28. Aug. [Die Herzogin von Aumale] ist gestern auf der Durchreise nach Wien hier eingetroffen.

Schweden:

Bern, 25. Aug. [Ein mysteriöser Vorfall.] Die „Gaz. Ligure“, welche in Lugano erscheint, enthält eine D. D. M. unter-

zeichnete höchst mysteriöse Einsendung aus Locarno. Laut dieser Einsendung hat in der Nähe genannter Stadt ein nächtlicher Kampf zwischen Fremden, drei von der einen, acht von der anderen Seite, stattgefunden, von welchen die ersten drei Träger von Actenstücke gewesen sein sollen, welche die Kriegsführung Lamarmora's im Jahre 1866 als ein Dictat Louis Napoleon's III. darstellen und für die „Times“ bestimmt waren. In Folge eines Steinwurfs, welchen der Träger der Actenstücke an den Kopf erhalten, sei es den Angreifern gelungen, sich in ihren Besitz zu setzen und mit ihnen die italienische Grenze zu erreichen; ebenso seien auch die Angegriffenen über die Grenze zurückgegangen, ohne daß man über die Personen der einen wie der anderen Partei etwas Näheres in Kenntniß gebracht habe. Sicher sei, daß man auf beiden Seiten Verwundungen davon getragen. Bis daß der Sender der „Gaz. Ligure“ für die Glaubwürdigkeit seiner Erzählung Beweise liefert, dürfte es gut sein, sie einem Zweifel zu unterwerfen; da Unwahrheit nicht immer auch unmöglich ist, glaubte ich jedoch von ihr Nutzen nehmen zu müssen.

[In dem Canton Luzern] treten, nachdem die von den Ultra-montanen geschürte Bewegung für Verfassungsrevision stark um sich gegriffen hat, nun auch die Liberalen für dieselbe auf. Eine von ihnen zu diesem Zwecke abgehaltene Versammlung hat sich mit aller Entschiedenheit für die Revision ausgesprochen. (R. 3.)

Italien:

Rom, 24. August. [Das Testament des Cardinals d'Andrea.] Die „Riforma“ bringt unter Vorbehalt das ihr von ihrem Corresponsenten mitgetheilte Testament des Cardinals von Andrea. Dasselbe trägt das Datum Neapel, den 12. April (ohne Angabe des Jahresjahr). Es heißt darin: „Mein jetziger Streit mit dem Papste Pius IX. hat nichts mit der religiösen Doctrin zu schaffen. Es ist eine einfache Empfindungsfrage. Vor der Macht des Rechtes ist dies Recht auf meiner Seite, vor dem Rechte der Macht ist dies Recht für Pius IX., der in meiner schweren Krankheit mich getadelt hat, die Ansicht der Arzte gehört und ihnen gesetzt zu sein, anstatt seiner Ansicht zu folgen. Er hat mich auf die unhöflichste, verrätherische, unmoralistische Weise versetzt. Ich mache einen Unterschied zwischen Johann Baptist Mastai und dem Papste Pius IX.; aber da der Papst sich nicht des Charakters des Johann Baptist Mastai entkleiden kann, so kann er irren, und in Errodung der menschlichen Gebrechlichkeit hat er auch geirrt, bubenhaft getäuscht vom Cardinal Jacob Antonelli, von Patrizi, dem unwissenden und esceptisch-ehrgeizigen Menschen, dem niederrächtigen Hößling, und von jenem Probler Prospere Caterino von Onano, District Aquavidente, Provinz Viterbo. Ich bin katholischer als Pius IX., der bei Beginn seines Pontificates und kurz danach verschiedene wenig katholische Sachen gethan hat.“ In dem ersten Artikel seines Testaments erklärt der Cardinal Andrea seinen älteren Bruder, den Marquis Francesco Saverio d'Andrea zu seinem Universalerben. In der siebten Klausel vermaut er einige Sachen seinen Freunden, unter Anderen Passaglio, Malotti u. l. m., seinen Verwandten und seiner Dienerschaft. Im letzten Artikel erklärt er, daß er dem heiligen Vater, den Cardinalen, den Prälaten und seinen übrigen Freunden eine vollkommene und aufrichtige Verzeihung hinterlasse.

Frankreich:

* Paris, 26. Aug. [Aus der bereits telegraphisch erwähnten Rede des Marshall Vaillant.] Der „Moniteur“ veröffentlicht die Rede, mit welcher Marshall Vaillant, Minister des kaiserlichen Hauses, den Generalsrath der Côte d'Or eröffnet hat. Obgleich die offiziellen Blätter angekündigt hatten, daß diesen Eröffnungsreden die Politik grundsätzlich fern bleiben soll, liest man gleich im Beginn der Rede Folgendes:

„Wir beginnen unsere Session von 1868 unter den günstigsten Auspicien. Das Jahr war gut für die Côte d'Or, wie für den größten Theil Frankreichs. Die Crises aller Art sind bei uns in ihrem Sammtreifstall aufgewandelt gewesen und wir können uns nur des Überschlusses freuen, welcher die Anstrengungen unserer Ackerbauer trölt. Dieser Überschuss ist um so höher geworden, als er von den beruhigendsten Zeitumständen begleitet ist. Der Kaiser sagte noch ganz neulich, daß der Friede nicht gestört werden solle und Alles darauf hindeute, daß er ein dauernder sein werde. Ja, meine Herren, der Überschuss im Frieden, aber in einem Frieden, welcher seinem Patriotismus keine Opfer kostet, das ist in zwei Worten die Lage unseres Vaterlandes. Diese Formel gibt sogar das wirkliche Gedanken Frankreichs nur sehr unvollkommen wieder, wenn man die bewundernswerten Resultate des letzten Anlebens betrachtet. Fünfzehn Milliarden Capital gezeichnet, 660 Millionen als Anzahlung erlegt, das sind unerhörte Ziffern, denen man zum ersten Male in den Annalen des Schakes an den öffentlichen Credit begegnet! Der Finanzminister weist mir jedoch die genauen Ziffern der Beteiligung unseres Departements an dieser wunderbaren Operation mit. Es hat durch 3780 Personen 6,705,000 Frs. Rente gezeichnet. Dieses Resultat weist der Côte d'Or den fünften Platz unter den Departements an.“

[Zur päpstlichen Schuldfrage.] In einer Florentiner Correspondenz des „Siecle“ wird die Angabe des französischen „Abend-Monitors“ für unwahr erklärt, daß Italien künftig durch Vermittelung Frankreichs seiner Theil der Zinsen der römischen Staatschuld an die päpstliche Regierung entrichten, und daß diese nach wie vor die Zinsen ihrer Schuld im Ganzen berichtigten werde. Italien habe nur die von ihm rückständigen Zinsen an Frankreich zur Abzahlung in Rom gegeben, werde aber in Zukunft seine Quote den Gläubigern direct bezahlen.

Provinzial-Befreiung.

Breslau, 29. August. Angelommen: Se. Durchlaucht Hans Heinrich XI., Fürst v. Pless, Graf zu Hochberg-Fürstenstein, aus Pless. Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Anna zu Reuß XII., aus Stomdorf. Se. Excellenz v. Peucker, General der Infanterie und General-Inspecteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, a. Berlin. v. Linden, Oberst und Stadt-Commandant von Breslau, n. Jam. Dr. Munk, Professor, n. Jam., aus der Schweiz. (Intell.-Bl.)

* Görlitz, 28. August. [Communales.] Der Magistrat hat nunmehr den Stadtverordneten die Anzeige gemacht, daß an die Stelle des zum 1. October d. ausscheidenden Rector der hiesigen höheren Läuter-Schule Bieter der bisherige erste Lehrer an der Anstalt, Dr. Linn, mit dem Gehalt von 1000 Thlr. jährlich gewählt worden ist. Das ist hier seit einem halben Jahrhundert der erste Fall, daß ein Directoret aus dem Lehrer-Collegium derselben Schule besetzt wird. — Die Passion für das Jüdische ist in unserer Gegend billiger zu befriedigen, als die für das Jagen. Die Reißfischerei bei Niederbelau ist heute für 1 Thlr. 5 Sgr. jährliches Pachtgeld verpachtet worden, wogegen Pachtsummen von einigen 100 Thlr. jährlich für eine Gemeindebagdad durchaus nicht mehr zu den Seltenheiten gehören. Freilich sind auch die Fische in der Neiße seltener, als Hasen und Hühner auf den Feldern. — Am nächsten October läuft der Pacht-Contract über Nutzung des Pachtos mit dem Banquier Pollat und dem Getreidehändler Dammann ab. Da wegen des Baues des neuen Pachtos noch gar nichts entschieden ist, haben sich die städtischen Behörden für die Prolongation auf ein Jahr ents

richtet wird. — Die Erweiterung des Bahnhofs Koblenz macht es nothwendig, daß die Direction der Niederschles.-Märk. Bahn von der Stadtcommune, welche dort die alleinige Grundbesitzerin ist, weitere Terrainerwerb macht. Bei einem jetzt nothwendig gewordenen Anlauf von 1 Morgen 179,5 Quadratruthen Terrain ist der Preis auf 150 Thlr. für den Morgen festgesetzt worden, dabei aber ausdrücklich ausbedungen, daß der Fiscus die Kaufosten trägt. Es werden aber viele Verkäufe erfolgen müssen, ehe die Commune an erparsten Stempelgebühren das wieder einbringt, was sie jetzt in Folge der gründlichen Revision eines Stempelfiscals an defecitirten Stempelosten hat nachzahlen müssen. Die Stadt hatte seit 1805 auf Grund des ihr, wie den Ständen zustehenden Steuererhebungstheorie, die städtischen Obligationen ohne Stempel ausgegeben, hat nun aber für die seit 1821 ausgegebenen Obligationen die Stempelgebühren nachzahlen müssen, welche sich auf 1457 Thlr. 5 Sgr. beliefen. Diese eine Zahlung hat den Betrag der für 1868 ausgeworfenen Etatsumme schon überschritten und so mußte die Summe von 1150 Thlr. zur Verstärkung derselben heute nachbewilligt werden. Da auch zur Bezahlung von Arbeitslöhnen bei der Zwangs-Arbeitsanstalt die etatisierten 500 Thaler bereits bis auf 100 Thaler verausgabt sind, die Erweiterung der Stadt aber und das ausgedehnte Abonnement bei der Straßenreinigung eine Ausgabe von mindestens noch 200 Thlr. beanspruchen, ferner der mit 110 Thlr. dotierte Titel: Diäten und Reisekosten bei der Verwaltung von Rietichen schon jetzt fast erhöht ist, da die Erwartung, daß durch Benutzung der Eisenbahn Einsparnisse eingetreten würden, sich nicht erfüllt hat und mehrere Termine in Separationsfachen, sowie die Beaufsichtigung der Beamten öfter Reisen herbeigeführt haben; und eine ganze Anzahl von nachträglichen Bewilligungen von Etatsverstärkungen theils schon erfolgt sind, theils noch in Aussicht stehen, so wird der Etat von 1868 noch eine ganz andere Gestalt gewinnen, als das nach dem letzten Beschlüsse zu erwarten war. — In der Sitzung vom 31. Juli hatte die Stadtverordnetenversammlung die Nachbewilligung von Mehrausgaben bei der Verwaltung der Schulanstalten für 1867 mit 217 Thlr. 13 Sgr. und für die Einrichtung der Turnhalle und des Turnplatzes mit 685 1/2 Thlr. abgelehnt. Sie hatte damals darauf hingewiesen, daß mit der Zunahme derartige Summen nachzubewilligen, ohne daß die Nachforderung irgendwie motiviert wäre, das Bewilligungsrecht der Stadtverordneten als eine Illusion behandelt würde. Jener Beschluß hat nun zur Folge gehabt, daß der Magistrat seitdem in jeder Sitzung mit dem Gefuch um Verstärkung von Etatspositionen kommt, und er ist insofern nicht resultlos gewesen. Heute kam nun der Magistrat mit dem erneuerten Antrage, die beiden Summen zu bewilligen. Durch jenen Beschluß sei die Nachbewilligung nicht bis zur Rechnungslegung vertagt, sondern definitiv abgelehnt und also entweder der Magistrat oder die Decernenten für die Mehrausgaben verantwortlich gemacht, oder die Entscheidung der Aufsichtsbehörde provocirt, durch welche die Ausgaben auf die Kämmererkasse angewiesen werden können. Der Magistrat bestritt jedoch, daß im vorliegenden Falle auf ihm oder auf den Decernenten eine Verpflichtung zur Vertretung laste, da sämtliche Ausgaben theils unvermeidlich, theils in Folge von Communalbeschlüssen zum Nutzen der Commune geleistet seien. Bei den Unterrichtsanstalten vertheilten sich die Kosten auf Vertragskosten, Remuneration von Mehrstunden, Kosten für Unterrichtsmittel, Belehrungs- und Beleuchtungskosten, Bau- u. Reparaturkosten usw. auf die bereits im Januar Nachbewilligungen erfolgt waren; es hatte deshalb auch die Etatscommission empfohlen, die Nachbewilligung dieser Posten bis zur Vorlegung der Jahresrechnung für 1867 zu vertagen. Dasselbe empfahl sie in Bezug auf die Mehrausgaben für Einrichtung des Turnplatzes und Ergänzung der schadhaften Turnergeräte in Höhe von 64 Thlr. Dagegen hatte sie sich nicht davon überzeugen können, daß die Mehrausgaben von 601 Thlr. für Erweiterung des Turnsaals eine Folge des Stadtverordnetenbeschlusses vom 31. Mai 1867 sei, welcher nur verlangte, daß dem Turnsaal durch Anbrüngung der Balken in der Höhe der Kniehöhe eine größere Höhe zu geben sei, und empfahl deshalb die Ablehnung der Nachbewilligung festzuhalten. Die Auseinandersetzung des anwesenden Stadtbaurathes Martins, wonach mit der Erhöhung des Turnsaals eine Erhöhung der Fenster und eine Verlängerung des ganzen Turnsaals nothwendig verbunden war, und die Erklärung mehrerer Stadtverordneten, daß die von dem Baurath getroffenen Änderungen eine sehr bedeutende Verbesserung des Turnsaals zur Folge gehabt hätten, veranlaßte die Mitglieder der Etatscommission, selbst gegen den Antrag der Commission zu sprechen. Die Versammlung beschloß auch, den Posten von 601 Thlr., ebenso wie die übrigen Nachbewilligungen zu behandeln und ihre Bewilligung bis zur Vorlegung der Jahresrechnung für 1867 zu vertagen. — Am Schluß der Sitzung wurde der Stadtbaurath interpelliert, wie weit er mit der Nivellierung der Straße auf dem ehemals Walter'schen Grundstück sei, an der das neue Siechenhaus erbaut werden soll. Der Sommer ist fast vorüber und für das dringend nötige Siechenhaus sind die Vorbereitungen zum Bau noch nicht getroffen. Wie man aus der Antwort des Baurathes erfährt, sind die Nivellements noch nicht vollendet und das Project wird also bis nächstes Jahr liegen bleiben.

○ Liegnitz, 28. August. [Zur Tageschronik.] Gestern Nachmittag fand ein großes Doppel-Concert, ausgeführt von der Kapelle des Königs-Grenadier-Regiments Nr. 7 und der Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 47, vor dem Schießhause statt. Es hatte sich zu demselben ein überaus zahlreiches und gewohntes Auditorium eingefunden; der Raum vor dem Schießhause war bis auf den letzten Platz besetzt und seine Umgebung von Zuhörern förmlich belagert. Der 1. und 2. Theil des sehr reichhaltigen Programms wurde von den genannten Musikkören wechselseitig, der 3. Theil dagegen von beiden Kapellen vereint vorgetragen. Die mit Gefühl und außerordentlicher Präzision executirten Piecen ernteten den wohlverdienten Beifall des Publikums. — Abends um 8 Uhr fand eine Versammlung des neu zu bildenden Credit-Vereins im Badehauscafé statt. Der Vorstehende desselben teilte zunächst der Versammlung mit, daß die Mitgliedschaft, welche durch Namensunterchrift vorläufig nur provisorisch ihren Beitritt zum Verein erklärt, gegenwärtig bis auf 97 angewachsen sei. Hierauf verlas derselbe, daß von der zu diesem Zwecke erwählten Commission berathen resp. modifizierte Vereins-Statut, gab darauf zu erkennen, daß der Verein nunmehr an dem Stadium seiner definitiven Constitution angelangt sei und forderte die Anwesenden auf, durch unterschrifftliche Vollziehung des verlesenen Statuts resp. durch Erlegung eines Eintrittsgeldes von 15 Sgr. und eines einmaligen Quartalbeitrages von 7 1/2 Sgr. nunmehr den definitiven Beitritt zum Verein zu erklären. Herr Hauptlehrer Dreher, welcher hierauf das Wort ergriff, definierte, daß der definitive Beitrittserklärung wohl fähig eine Berathung des qu. Statuts seitens der Versammlung, wie diese auch in der letzten Befreiung in Aussicht gestellt werden sei, vorzusehen müsse und stellte den Antrag, dasselbe Paragraph für Paragraph vorzulegen und über die Annahme jedes einzelnen Paragraphen resp. über die etwa wiederholte nötige erneute Abstimmung zu lassen. Sein Antrag fiel indeß, weil die Majorität sich für eine Annahme en bloc entschied. Es wurde nunmehr beschlossen, das noch im Concept befindliche Statut zunächst mundirend und dafördern den einzelnen Mitgliedern zur definitiven Beitrittserklärung, sowie zur Bezahlung des Eintrittsgeldes und des Beitrages zugehen zu lassen, demnächst aber eine anderweitige Versammlung anzuberaumen, in welcher der Vereins-Vorstand resp. der Verwaltungsrath gewählt werden soll und worauf der Verein seine Thätigkeit beginnen wird. Endlich beschloß die Versammlung noch, eine Nachforderung zur Beteiligung im hiesigen Stadtbüro aufzunehmen, zu lassen, um insbesondere auch der ländlichen Bevölkerung das Unternehmen zur Kenntnis zu bringen.

△ Liebau i/Schl., 29. August. [Eisenbahnverkehr mit Böhmen. — Bahnbau.] — Turner-Feuerwehr. Seit Gründung der Bahnstrecke von dem nahe gelegenen Königshain nach Zolestadt über Trautenau (Station Paschwitz) und Schwabowit ist der Verkehr mit unserem Nachbarland Böhmen ein sehr reger geworden und bilden schon viele Reisende und Touristen diesen Weg, indem sie von Station Lubanek der Gebirgsbahn nach Königshain einen Wagen nehmen, um nach der Fabrikstadt Trautenau resp. zum Besuch des Bades Johannesbad oder der Schlachtfelder zu gelangen. Uebrigens wird an der Bahnstrecke von Lubanek nach Königshain jetzt richtig gearbeitet und dürfen wohl die Erdarbeiten bis zum Frühjahr zu Ende geführt werden. Da nach Fertigstellung dieser Strecke der nächste Weg von Berlin resp. Breslau nach Prag und Wien hergestellt wird, dürfte diese Bahn auf bedeutende Frequenz rechnen und viele Personen und Güter, die jetzt die Oberschlesische und Wilhelmsbahn passieren, diesen Weg nehmen. — Aus dem hiesigen Turnverein hat sich jetzt durch Hinzunahme von Nichtturnern ein Feuerwehr- und Rettungsverein gebildet, welcher nächstens seine Übungen an einem baldigst zu erbauenden Steigerhaus beginnen wird. Bei dem regen Geiste des hiesigen Turnvereins läßt sich auch dem neuen Feuerwehrverein ein günstiges Prognosticon stellen; eine Ansicht, die gewiß von den meisten hiesigen Einwohnern getheilt wird.

Telegraphische Depeschen.

Schwerin, 29. Aug. Auf Anregung der Güstrower Kaufmannschaft wird in der Nachverzollungs-Angelegenheit eine Versammlung von Kaufleuten beider Mecklenburgs anberaumt werden. Das Bundes-

Kanzleramt beschließt die Wismarsche Petition betreffs der Zollcordone Linie abschlägig; nur der Bundesrat kann die Binnennlinie ändern. (W. T. B.)

Paris, 28. August. „France“ bespricht die kürzlich gehaltenen Reden der badischen Minister v. Beyer und v. Freydrich und sagt, der Ausdruck einer solchen Politik sei nicht neu; was jedoch den Erfolg dieser auf eine Einigung Deutschlands zielen den Projecte betreife, so sei derselbe sehr problematisch; die letzten Wahlen in Baden zum Zollparlament und die Haltung der anderen Südstaaten seien den in Karlsruhe gehaltenen Plänen ungünstig. Uebrigens gäbe es viele unparteiische Stimmen in Deutschland und viele die Interessen aufmerksam Beobachtende in Europa, welche die Abmachungen des Prager Vertrages und die aus diesem Vertrage hervorgegangene Organisation des norddeutschen Bundes von einer ernsthafte Seite ansähen. Es seien dies wichtige Betrachtungen, die, falls sie in Karlsruhe nicht gewürdig werden sollten, jedenfalls in Berlin zur Erwägung kommen würden, wo man, wie „France“ glaubt, weniger als der General v. Beyer Eile habe, die Hand nach Baden auszustrecken. — „Pays“ demonstriert die Gerüchte über die Krankheit des Kaisers und versichert, der Gesundheitszustand derselben sei besser als je. — In Folge der zweiten Beschlagnahme der „Panterne“ hat das Zuchtpolizeigericht Rothenburg zu dreizehnmonatlicher Gefängnisstrafe und 10,000 Frs. Geldbuße verurtheilt.

(W. T. B.)

Paris, 27. August. „France“ veröffentlicht einen neuen Artikel über die allgemeine Lage, dessen Schluß lautet: Ganz Europa bedarf des Friedens. Man müßte an der Klugheit der Staatsmänner zweifeln, wenn sie kein anderes Mittel ausfänden, als Tausende von Soldaten auf den Schlachtfeldern niederzuschlagen, um die Zerwürfnisse, welche sie verunreinigen mögen, zu beseitigen. Mögen unsere Lefer dies bedenken. Sie werden daraus dieselben Gründe des Vertrauens in die Erhaltung des Friedens schöpfen, wie wir sie selbst ausgedrückt haben.

— Der Erzbischof von Paris, Mgr. Darboy, soll die beabsichtigte Reise nach Neapel aufgegeben haben, angeblich weil ihm in Rom ein günstiger Empfang nicht zugesichert worden sei. (W. T. B.)

Florenz, 28. Aug. Dem Vernehmen nach wird der Ministerpräsident Menabrea sich von Nizza nach Fontainebleau begeben. Der König wird am 4. September hier wieder eintreffen. (W. T. B.)

London, 28. August. Die Dampferberichte aus New-York reichen bis 19. d. Nachrichten aus Hapti zufolge hat Salnave den preußischen Consul verhaftet und gefangen setzen lassen, und das Leben des britischen Consuls bedroht, worauf das britische Kriegsschiff „Favourite“ sich zur Bombardirung von Port-au-Prince anschickte. Weitere Nachrichten aus derselben Stadt vom 10. d. melden, daß Salnave abermals im Begriff stand, vor den Gatos-Rebellen das Feld zu räumen. Seine Familie war bereits denselben in die Hände gefallen. (Weitere Ausführung der im Morgenblatt mitgetheilten Depesche.) (W. T. B.)

Triest, 28. August, Vormittags. Levantepost. Athen, 22. August. Eine Ministerräte gilt für bevorstehend, da das Ministerium Bulgarien nicht mehr über die Majorität des Kammer verfügt. — Die hiesigen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des britischen Gesandten an die Führer der tretenischen Insurrection, in welchem sich derselbe entschieden für die Integrität der Türkei ausspricht.

Lissabon, 28. Aug. Die Paraguayan verliehen verzweifelt kämpfend am 27. Juli Humaitá, welches die Alliierten sofort besetzten, 250 Kanonen und bedeutende Munition erbeuteten. Die Brasilianer eroberten Timbo und bombardiren Tebicuary. Es heißt, in Assumption sei eine Verschwörung entdeckt worden, und es haben Hinrichtungen stattgefunden.

Konstantinopel, 22. Midhat-Pascha ist von Bulgarien zurückgedrängt, da die dortige Bewegung für völlig unterdrückt gilt. (W. T. B.)

Berliner Börse vom 28. August 1868.

December 23, 00 fest. Mehl pr. August 76, 00. pr. September-Datum 63, 25 fest. Spiritus pr. August 71, 00. — Wetter schön. London, 28. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Aufsicht lehrt Montag: Weizen 9280, Gerste 15450, Hafer 47210. Englisches Weizen eher theurer, in fremdem befranktes Geschäft festen Preisen. In Gerste schleppendes Geschäft, unverändert. — Amsterdam, 28. August, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen loco stille, pr. October 200, pr. März 194. pr. October 56 1/2, pr. April 59 1/2. Rübel pr. Septbr.-Dezbr. 30 1/2, Mai 31 1/2. — Bewölkt.

[Breslauer Börse vom 29. Aug.] Schluß-Course. (1 Uhr Nachmittag) Papiergold 83 1/2 Br. Osterr. Banknoten 89 1/2, bez. u. Schle. Rentenbriefe 82 1/2 Br. Schle. Pfandbriefe 90 1/2 Br. Osterr. Anleihe 55 1/2 bez. Freiburger 117 1/2 Br. Neisse-Brieger — Oberschles. Lit. A. und C. 186 1/2 bez. u. Br. Wilhelmsbahn 113 1/2, 1/2 bez. Tarnowitzer 80 1/2 Br. Osterr. Creditbank-Aktionen 94 Gd. Schle. Bar. verein 117 Br. 1860er Loope — Amerikaner 76 1/2 bez. u. Gd. Wiener 59 1/2 Br. Minerwa — Baierische Anleihe — Italiener 72 1/2 bez. u. Gd.

Breslau, 29. August. Preise der Cerealien. Versammlungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroßen. kein mittel ordin. Weizen, weißer 86—92 84 78—82 Gerste 58—60 57 51—52 do, gelber 83—84 80 76—78 Hafer 36—37 35 Roggen, schles. 69—70 67 63—65 Erben 62—66 60 56—57 Notrungen der von der Handelsammer ernannten Commission zur Selbstfahrt der Marktwirte von Raps und Rüben. Raps 178 170 180 Winterrüben 166 162 158 } pr. 150 Pfd. Brutus in Gr. Sommerrüben — — — Dotter — — —

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 19 1/2 Br. % Gd. Offiziell gekündigt: — Ctr. Weizen. 2000 Ctr. Roggen. — Ctr. Rübel. — Ort. Spiritus. — Ctr. Rapsfuchs. — Ctr. Raps.

Berliner Börse vom 28. August 1868.

Fonds und Gold-Course. Eisenbahn-Stamm-Aktion.

	Dividendo pro 1866. 1867.	
Staatl. Staats-Anl. 1865	103 1/2 bz.	Aachen-Maastrich 0 0 1/4
dito 1864	104 1/2 bz.	Ansterdam-Rottd. 55 1/2 101 1/2 bz.
dito 1865	95 1/2 bz.	Berg-Märkische 8 7 1/2 134 bz.
dito 1858	104 1/2 G.	Berlin-Anhalt. 13 1/2 13 1/2 bz.
dito 1864	95 1/2 bz.	Berlin-Görlitz 4 4 1/2 74 1/2 bz.
dito 1867	95 1/2 bz.	Beths-Dorf-S. Prior 5 5 1/2 94 1/2 G.
dito 1853	88 1/2 bz.	Berlin-Hamburg 9 9 1/2 109 1/2 bz.
dito 1862	88 1/2 bz.	Berl.-Potsd.-M. 16 16 1/2 192 bz.
dito 1863	88 1/2 bz.	Berl.-Stettin 8 8 1/2 182 1/2 bz.
dito 1865	88 1/2 bz.	Böh.-Westb. 5 5 1/2 98 bz.
dito 1866	88 1/2 bz.	Breslau-Freib. 8 8 1/2 117 1/2 bz.
dito 1867	88 1/2 bz.	Cöln-Mindan. 8 8 1/2 127 1/2 bz.
dito 1868	88 1/2 bz.	Cöln-Oderber. 2 2 1/2 112 1/2 G.
dito 1869	88 1/2 bz.	Cöln-S.-Prior 4 4 1/2 109 1/2 bz.
dito 1870	88 1/2 bz.	Cöln-Ludwigsh. 5 5 1/2 109 1/2 bz.
dito 1871	88 1/2 bz.	Cöln-Ludwigsl. 6 6 1/2 109 1/2 bz.
dito 1872	88 1/2 bz.	Cöln-Ludwigsw. 6 6 1/2 109 1/2 bz.
dito 1873	88 1/2 bz.	Cöln-Lützelburg. 2 2 1/2 109 1/2 bz.
dito 1874	88 1/2 bz.	Meissen-Brüder. 6 6 1/2 109 1/2 bz.
dito 1875	88 1/2 bz.	Minden-Lützelburg. 4 4 1/2 109 1/2 bz.
dito 1876	88 1/2 bz.	Niederschl.-Mark. 4 4 1/2 109 1/2 bz.
dito 1877	88 1/2 bz.	Niederschl.-West. 5 5 1/2 109 1/2 bz.
dito 1878	88 1/2 bz.	Niederschl.-Zwe. 5 5 1/2 109 1/2 bz.
dito 1879	88 1/2 bz.	Nordbahn, Hesse — — —
dito 1880	88 1/2 bz.	Oberschl. A. 12 12 1/2 109 1/2 bz.
dito 1881	88 1/2 bz.	Ost.-Fr. St. B. 12 12 1/2 109 1/2 bz.
dito 1882	88 1/2 bz.	Ost.-Pr. St. B. 7 7 1/2 144 1/2 bz.
dito 1883	88 1/2 bz.	Ost.-Südl. St. B. 7 7 1/2 107 1/2 bz.
dito 1884	88 1/2 bz.	Ostpreu.-Tarnow. 6 6 1/2 107 1/2 bz.
dito 1885	88 1/2 bz.	Oderuf.-S. A. 5 5 1/2 107 1/2 bz.
dito 1886	88 1/2 bz.	Oderuf.-St. Pr. 5 5 1/2 107 1/2 bz.
dito 1887	88 1/2 bz.	Rhein.-Nord. R. 7 7 1/2 121 1/2 G.
dito 1888	88 1/2 bz.	Rhein.-Odenz. B.